

Rede

Reiner Hoffmann

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Eröffnung 21. Ordentlicher Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes

am 13. Mai 2018 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!



Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlich Willkommen zum 21. Ordentlichen Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes!
Es ist uns eine Ehre, dass auch diesmal so viele Gäste ihren Weg zu unserer Eröffnungsfeier gefunden haben.
Wir freuen uns über diese damit verbundene Anerkennung des DGB und unserer Arbeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir wissen es zu schätzen, dass der Bundespräsident bei uns ist – das freut uns alle ganz besonders!
Seien Sie uns sehr herzlich willkommen! Frank-Walter Steinmeier war – wenn ich das so sagen darf - auch in
seinen früheren Funktionen immer wieder zu Gast bei uns.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Frank-Walter, ich erinnere mich gut an unsere Diskussionen über die
vielen Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es freut uns sehr, dass auch der amtierende Präsident des Bundesrates und Regierende Bürgermeister von
Berlin heute bei uns ist.

Herzlich willkommen lieber Michael Müller!

Berlin ist eine Stadt, in der wir gerne zu Gast sind. Und Berlin ist für viele von uns zum Lebensmittelpunkt
geworden. Seit 1999, also seit fast 20 Jahren, ist die DGB-Zentrale in Berlin.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es hat für unsere Verhältnisse ungewöhnlich lange gedauert bis wir endlich eine neue Bundesregierung hatten.
Heute sind zwei Kabinettsmitglieder pünktlich zu unserer Eröffnung bei uns.

Ich begrüße den Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz.

Und ich sage ganz besonders gern hier in Neukölln guten Tag zu unserer neuen Familienministerin Franziska
Giffey! Du hast hier in kurzer Zeit vieles vorgebracht.

DGB-Bundesvorstand Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30/24060-211 Fax: +49 30/24060-324

Seid uns herzlich Willkommen!

Und ab jetzt fasse ich mich kurz, versprochen!

Und bitte um Verständnis dafür, dass ich nicht alle

- aus den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden,
- aus den Sozial- und Umweltverbänden,
- aus den Religionsgemeinschaften,
- aus den Parteien und Fraktionen des Bundestages und des Europäischen Parlamentes und
- den diplomatischen Vertretungen

namentlich begrüßen kann. Seien Sie uns alle willkommen!

Besonders freue ich mich, dass wieder so viele internationale Gäste bei uns sind. Euer Besuch, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht für unsere guten Beziehungen. Das ist die Grundlage unserer erfolgreichen internationalen Zusammenarbeit.

Ich begrüße die vielen Kolleginnen und Kollegen aus dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften, die heute kein Amt mehr innehaben! Besonders meine Vorgänger Dieter Schulte und Michael Sommer.

Und natürlich begrüße ich die über 100 Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) aus den Agenturen und Redaktionen von Zeitungen, sozialen Medien sowie Fernseh- und Radiosendern.

Nicht gänzlich ohne Eigennutz sage ich: schön dass Sie alle hier sind und über unseren Kongress berichten!

Das Beste, genauer gesagt die Besten, kommen mal wieder zum Schluss! Ich begrüße besonders herzlich euch, die 400 Delegierten des 21. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses.

Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, seid die „wahren VIPs“ in den nächsten Tagen. Ihr entscheidet über die Leitlinien unserer Politik. Danke, dass ihr Euch auf den Weg nach Berlin gemacht habt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Mai 2014 bei unserem letzten Kongress sah die Welt noch anders aus.

Danach wurde Deutschland zwar Fußball-Weltmeister! Aber sonst gab es nicht wirklich viele gute Nachrichten. Denn nach 2014 ist – wie der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei seinem Besuch des DGB-Bundesvorstandes im September 2016 sagte - die Welt aus den Fugen geraten.

Europa – die EU – befand sich bereits 2014 seit sechs Jahren in einer vielschichtigen Krise:

- mit Griechenland drohte erstmals ein Mitglied aus der Eurozone zu fliegen,
- die Arbeitslosigkeit im Süden des Kontinents war hoch und die Folgen der besinnungslosen Sparpolitik deutlich spürbar,
- viele Menschen haben das Vertrauen in die politischen Institutionen Europas verloren,
- in etlichen Ländern, in Finnland, Schweden, Frankreich, den Niederlanden, Italien, Polen, Österreich oder Ungarn, gibt es starke rechtspopulistische Parteien und leider auch immer mehr rechte und rechtsnationale Regierungen.

Doch heute ist die Situation noch ungemütlicher:

- der Brexit stellt die EU vor enorme politische und wirtschaftliche Herausforderungen,
- das Verhältnis von Europa zu Russland hat sich wegen der Krisen in der Ost-Ukraine und auf der Krim deutlich verschlechtert,
- in Brüssel, Paris, London, Nizza und leider auch hier auf dem Berliner Breidtscheidplatz hat es Anschläge islamistischer Terroristen gegeben,
- die Beziehungen zur Türkei sind schlechter denn je,
- unter den Mitgliedsstaaten gibt es heftigen Streit über die Aufnahme von Geflüchteten,
- es drohen Handelskonflikte mit den USA, die Präsident Trump mit seinem neuen Nationalismus America first oder America only vom Zaun gebrochen hat.

Europa ist in keiner guten Verfassung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch wenn wir den Blick über unseren Kontinent hinaus richten müssen wir feststellen:

Kriege, Konflikte und Naturkatastrophen haben in den letzten Jahren zugenommen.

In ihrer Folge wächst seit vielen Jahren die Zahl der Menschen drastisch, die weltweit auf der Flucht sind.

Vor zehn Jahren waren es 37 Millionen Menschen. Heute sind es 65 Millionen. Das entspricht der gesamten Bevölkerung Frankreichs. Das zeigt wie dramatisch sich die Lebensumstände in vielen Teilen der Welt verschlechtert haben. Um dieser Situation überhaupt noch Herr werden zu können ist Aufrüstung sicherlich die falsche, ja die dümmste Antwort.

Und trotzdem steigen seit einigen Jahren die weltweiten Rüstungsausgaben: von knapp 800 Milliarden Dollar im Jahr 2000 auf unvorstellbare 1,7 Billionen Dollar in 2017!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen uns mit allem Nachdruck dafür einsetzen, dass sich die Lebensbedingungen der Menschen in ihren Heimatländern deutlich verbessern. Unser reicher Kontinent steht hier in der Pflicht!

Denn niemand verlässt doch freiwillig seine gewohnte Umgebung, seine Heimat, seine Familie und Freunde.

Lasst mich an dieser Stelle an Heinz Oskar Vetter erinnern, der im vergangenen Oktober 100 Jahre alt geworden wäre. Er hat sich bereits Mitte der 80er Jahre als Mitglied des Europaparlaments intensiv mit der Verantwortung Europas für Geflüchtete befasst.

Europa, so seine Überzeugung, habe wegen seiner kolonialen Vergangenheit jeden Grund, sich um die Verbesserung der Situation vor Ort, in den ehemaligen Kolonien, zu kümmern.

Im sogenannten „Vetter-Bericht“ schlug er bereits 1987 Maßnahmen vor, die leider immer noch so aktuell sind wie damals.

Dazu gehören zum Beispiel

- dass wir die Fluchtursachen wirksam bekämpfen,
- dass wir ein einheitliches Asylrecht in der EU schaffen,
- kürzere Asylverfahren sicherstellen und
- eine faire Lastenteilung unter den Mitgliedern der EU garantieren.

Dem, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nichts hinzuzufügen!

Außer, dass sein Bericht Pflichtlektüre werden sollte für all die Orbans und Kurzens, Le Pens und Gaulands, die eine menschenverachtende Politik betreiben und Europa spalten wollen.

All den alten und jungen Nazis, egal ob in Springerstiefeln auf der Straße oder im feinen Zwirn in den Parlamenten, sagen wir ganz deutlich:

Das Grundrecht auf Asyl ist ein Menschenrecht!

Wenn Menschen zu uns kommen, die in ihrem Land um Leib und Leben fürchten müssen, dann müssen wir ihnen Schutz und wenn möglich eine Heimat bieten!

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unsere Pflicht und Schuldigkeit!

Natürlich ist Integration keine Einbahnstraße. Sie ist harte Arbeit und sie verlangt allen Beteiligten viel ab. Deshalb können wir stolz sein auf das, was viele, sehr viele Menschen in diesem Land nach 2015 geleistet haben. Sie haben eine Menschlichkeit und Solidarität gezeigt, die in der ganzen Welt positiv aufgenommen wurde und um die wir beneidet wurden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bedanke mich bei allen, die sich um Geflüchtete gekümmert haben und kümmern. Bei all den Initiativen in Betrieben und vor Ort, in den Regionen und unseren Kreis- und Stadtverbänden.

Mein Dank gilt auch unseren Partnern in der Allianz für Weltoffenheit. Gemeinsam mit den Arbeitgebern, den Religionsgemeinschaften, mit Sport-, Kultur- und Umweltverbänden stehen wir ein für Solidarität und Weltoffenheit. Unser aller Ziel ist es, unsere Demokratie und den Rechtsstaat zu stärken.

Im Mai 2017 haben wir als Allianz den Demokratiekongress in Köln durchgeführt. Kurzfristig – ich möchte schon sagen spontan – hat der Bundespräsident, hast Du, lieber Frank-Walter Steinmeier, die Schirmherrschaft übernommen.

Damals hast Du geschrieben, ich zitiere: „In unserem Land gibt es viele Mutige, die gemeinsam für die Sache der Demokratie streiten, ganz egal, woher sie kommen, welcher Religion oder Kultur sie sich zugehörig fühlen. Es sind viele, die sich tagtäglich um mehr kümmern als nur um sich selbst, die Verantwortung übernehmen und sich einsetzen für eine freie und weltoffene Gesellschaft.“

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
lieber Frank-Walter Steinmeier,

für das, was Sie hier beschrieben haben, haben wir ein Wort: Solidarität.
Doch ist nicht allein die Tatsache, dass Sie und wir das extra betonen müssen ein Alarmsignal?

Zumal in einer Situation, in der es uns verglichen mit anderen Teilen der Welt oder anderen Regionen Europas gut geht. So gut, dass selbst der britische Economist, nicht mehr vom kranken Mann Europas sondern von „cool Germany“ schreibt.

Und in der Tat: die Wirtschaftsdaten sind beeindruckend, das Wachstum stabil.
Den Titel Exportweltmeister verteidigen wir regelmäßiger als den WM-Titel im Fußball.

Der Wirtschaft geht es so gut, weil auch die Binnennachfrage und Kaufkraft gestiegen sind. Das ist vor allem Ergebnis Eurer erfolgreichen und innovativen Tarifpolitik der letzten Jahre. Dazu liebe Kolleginnen und Kollegen, Respekt, Anerkennung und herzlichen Glückwunsch!

Die Zahl der Arbeitslosen ist seit 2014 weiter gesunken: von 2,9 auf unter 2,4 Millionen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist deutlich gestiegen: von 42,6 Millionen in 2014 auf über 44 Millionen diesen April.

Also alles in Ordnung? Ich finde Nein! Denn wenn wir genauer hinschauen, dann ist die Situation viel zu vieler Menschen alles andere als gut.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sinkt mitnichten. Und inzwischen arbeiten fast 20 Prozent der Menschen in prekären Verhältnissen. Die Menschen haben ein feines Gespür dafür, dass es immer ungerechter zugeht in diesem Land. Es ist eben nicht gerecht, wenn sich immer mehr Vermögen in nur wenigen Taschen sammelt!

Es ist eben nicht gerecht, wenn Konzerne hier Milliardenumsätze machen und keine oder nur lächerlich wenig Steuern zahlen. Und es ist schon gar nicht gerecht, wenn gefeuerte, also gescheiterte, Manager Tausende Euro Rente pro Tag kriegen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Angst essen Seele auf“ – erinnert ihr euch an den Film von Rainer Werner Fassbinder? Er wurde 1974 gedreht und es geht um das Zusammenleben verschiedener Kulturen. Aber es könnte auch der Titel sein für eine Reportage über die Bundesrepublik im Mai 2018. Viele Menschen in unserem Land haben Angst. Sie fürchten sozialen Absturz, sie fürchten sich vor einem würdelosen Leben im Alter, sie fürchten sich um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

all diese Sorgen sind berechtigt – und ihre Ursachen sind nicht neu. Sie waren schon lange vor den Flüchtlingen da, die 2015 zu uns gekommen sind. Doch die „Flüchtlingskrise“ hat eine Entsolidarisierung beschleunigt, die sich seit Anfang der 2000er Jahre ständig vertieft hat.

Der AfD ist es gelungen, genau diese Zusammenhänge zu verdrehen! Sie schlägt wie keine andere Partei aus der Verunsicherung Kapital. Diese Rechtspopulisten und Rechtsnationalisten sitzen heute im Bundestag und in 14 Landtagen, in manchen Regionen sind sie die stärkste Partei.

Auch viel zu viele unserer Mitglieder haben leider diese Partei gewählt. Das ist kein neues Phänomen, wir wissen das. Und wir wissen dank einer neuen Studie der Hans-Böckler-Stiftung, dass Menschen dort weniger anfällig sind für die Propaganda der Reaktionäre, wo es gute Arbeit, wo es Tarifverträge und wo es Mitbestimmung gibt.

Wenn wir uns gegen prekäre Arbeit und Befristungen einsetzen, wenn wir für eine gute Alterssicherung sorgen und eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, kurz: wenn wir die Lebensumstände der Menschen verbessern, dann erschweren wir den Rechten und Ewiggestrigen ihr schmutziges Geschäft.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben jede Menge Gründe noch fester anzupacken. Wir machen uns an die Arbeit.
Wir werden die Arbeit der Zukunft gestalten. Vor Ort und in den Betrieben und im politischen Raum.
Wir verteidigen die Würde von Arbeit und werden ihren Wert steigern!
Wir kämpfen für mehr Mitbestimmung, mehr Tarifbindung, gegen prekäre Arbeit und wir kämpfen gegen sachgrundlose Befristungen!
Wir kämpfen für mehr Demokratie!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit sind unsere Werte. Wenn wir uns an Ihnen orientieren, bleiben wir auch zukünftig erfolgreich.

Wir bleiben mutig und optimistisch.
Wir gehören nicht zu jenen über die Johannes Rau einmal sagte: „Es gibt ja Leute, wenn die Licht am Ende des Tunnels sehen, dann kaufen die ein neues Stück Tunnel.“ Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
Wir wissen, dass viel Arbeit auf uns wartet: in den nächsten Tagen auf unserem Kongress und erst recht in den kommenden vier Jahren.

Der 21. Ordentliche Bundeskongress des DGB ist hiermit eröffnet!

Glück Auf!